

Grimms Warnung : Schulden, Sozialpolitik, Standortrisiko

Dirk Stein

Die Bundesregierung verliert die Budgetkontrolle. So lässt sich das Interview von Veronika Grimm mit der Augsburger Allgemeinen ökonomisch zusammenfassen. Schon 2029 könnten laut der Wirtschaftsweisen Sozialausgaben, Zinslasten und Verteidigung den Bundeshaushalt komplett auffressen. Die Folge: akute Steuererhöhungsrisiken, sinkende Investitionsbereitschaft, Abwanderung. Die politische Debatte aber bleibt strukturell fremd. Man redet über Verteilung, wenn es um Stabilität gehen müsste.



Quelle: Sachverständigenrat Wirtschaft

Sozialausgaben steigen systematisch – nicht schubweise

Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung liegt 2025 bei rund 130 Milliarden Euro – das sind über 30% des Bundeshaushalts. Und es wird mehr. Das beschlossene Rentenpaket I fixiert das Rentenniveau bei 48% bis 2031 und erhöht gleichzeitig die Belastung durch Mütterrente und demografischen Druck. Was politisch als Sicherheit verkauft wird, ist fiskalisch eine Eskalation.

Das Problem: Diese Ausgaben sind nicht konjunkturabhängig. Sie wachsen strukturell – unabhängig von Wachstum oder Steuereinnahmen. Schon heute ist der Spielraum für investive Ausgaben unterhalb der Schuldenbremse minimal. Die politisch präferierte Lösung – mehr Umverteilung – verschärft das Problem, sie löst es nicht.

Steuererhöhungen als Standortsignal – negativ

Grimm sagt es deutlich: Unternehmen erkennen die Richtung. Wenn Ausgaben nicht sinken dürfen, müssen Einnahmen steigen. In der Sprache der Märkte heißt das: Steuererhöhungsrisiko. Es betrifft Kapital, Erträge, Arbeitskosten. Unternehmen, die Standorte evaluieren, kalkulieren diese Risiken ein – bevor Gesetze beschlossen sind.

Das Entscheidende ist nicht die Steuerhöhe, sondern die Richtungserwartung. In Deutschland ist sie derzeit negativ: hohe Soziallasten, steigende Zuschüsse, keine Priorisierung. Die Folge: Abwanderung von Kapital, Abkopplung von Investitionen. Das betrifft nicht nur Konzerne, sondern zunehmend auch KMU mit internationalen Optionen.

Rentenpolitik wird zum Wachstumsrisiko

Wenn Arbeitskosten steigen, sinkt die Wettbewerbsfähigkeit. Grimm nennt es klar: Das Rentenpaket verteuert Arbeit – und das in einem Umfeld, in dem Fachkräfte fehlen, Löhne steigen und Innovation Kapital bindet. Die Rentenpolitik koppelt sich damit von der produktiven Realität ab. Aus Verteilung wird Belastung, aus sozialem Anspruch wird ökonomischer Druck.

Hinzu kommt: Der Spielraum für echte Strukturreformen sinkt. Ein steigender Bundeszuschuss blockiert den Haushalt – nicht abstrakt, sondern in jeder investiven Entscheidung.

Innovationsförderung, Infrastruktur, Digitalisierung: alles abhängig von einem Resttopf, der schrumpft.

Reformfähigkeit: politisch begrenzt, ökonomisch dringend

Grimm verweist auf Schröders Agenda 2010 – nicht als Vorbild, sondern als Kontrast. Damals reichte Wettbewerbsfähigkeit als Ziel. Heute müsste zusätzlich eine technologische und fiskalische Aufholjagd geführt werden. Doch die politische Lage ist fragmentiert. Koalitionslogik ersetzt Steuerung. Der Staat ist operativ überfordert und strategisch unterdefiniert.

Grimms Vorschlag einer umfassenden Staatsreform zielt auf die Institutionen, nicht auf einzelne Maßnahmen. Ohne Priorisierung und Effizienzgewinne im Staatsapparat wird jeder weitere Ausgabenpfad zur makroökonomischen Hypothek.

Die Datenlage ist eindeutig – das Risiko ist strukturell

Grimms Aussagen sind keine politische Kritik, sondern eine fiskalische Bilanz. Die Bundesrepublik steuert auf eine Ausgabenstruktur zu, die Wachstum bremst, Kapital vertreibt und Spielräume erdrückt. Nicht sofort – aber planbar. Wer heute nicht gegensteuert, erhöht morgen die Kosten. Nicht für „die Reichen“, sondern für alle, die nicht ausweichen können.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947362/finanzpolitik-veronika-grimm-standortrisiko/>